

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden  
Büro für Nachdrucke: Nr. 20021  
Schriftleitung u. Auszugsabteilung:  
Dresden - E. 1, Wallstraße 26/48

Reproduktionsfehler bei möglichst gleichmäßiger Auslieferung monatlich 2.50 RM (mindestens 70 Vgl. für Telegramme), durch Postleistung 2.50 RM, einschließlich 30 Vgl. Postgebühr (ohne Wochentagsausgabe) bei  
Tageszeitung innerhalb Berlins. Abonnement 10 Vgl. Angangspreise: Die einzuhaltende 30 mm breite  
Zeitung 20 Vgl., die aufwändigste 40 Vgl., die 90 mm breite Zeitung 300 Vgl., außerhalb 250 Vgl.  
abg. Auflage 100000. Täglich Sammlerstücke und Sonderausgaben ohne Sozial 15 Vgl., abso-  
lute 20 Vgl. Zeitungsgefehr 20 Vgl. Autoklischee 10 Vgl. Gedenkblätter gegen Bezahlung.

Druck u. Verlag: Stevich & Reichardt,  
Dresden. Postfach-Nr. 1088 Dresden  
Postleistung nur mit deut. Postanweisung  
(Dresden, Nachr.) vollauf. Unterlagen  
Schiffahrt werden nicht aufbewahrt

## Rabinettssrat über Vollstreckungsschutz Hugenberg's Gesetzentwurf verabschiedet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Februar. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Reichsregierung sind heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengekommen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen die Vorschläge zur Erweiterung des Vollstreckungsschutzes, ferner das Problem der Stadtrandsiedlung und die Frage der Rentenerhöhung.

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett bereits die Beratungen über die Neuregelung des Vollstreckungsschutzes beendet. Die Verordnung, die verabschiedet wurde, wird nunmehr dem Reichspräsidenten zur Unterschaltung vorgelegt. Ihre Veröffentlichung ist für morgen zu erwarten.

On einem Berliner Mittagsblatt ist davon die Rede, daß der Vollstreckungsschutz auf den gesamten Mittelstand ausgedehnt werden soll. Demgegenüber wird von zuhändiger Stelle festgestellt, daß der Vollstreckungsschutz, der der Inhalt der augenblicklichen Beratungen ist, sich ausschließlich mit der Landwirtschaft beschäftigt.

Der Entwurf des Reichsverwahrungsministers sieht vor, daß alle Forderungen einschließlich sogar der Steuer- schulden eingebüßt werden.

Die kürzlich erfolgten Vollstreckungen, die von der Reichsregierung vorgenommen wurden, sind bereits auf den ersten Widerstand gestoßen. In einem Schreiben an den Reichsverwahrungsminister hat die

Landwirtschaftsgruppen gehörte würden, die Mittler zwischen Landwirtschaft und Verbraucher sind.

### Hugenberg kündigt Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes an

Berlin, 14. Febr. In einer Befreiung, die Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg am Freitag mit den Abordnungen des Mittelstandes hatte, erklärte Dr. Hugenberg, daß er die Einrichtung eines Staatssekretariates beim Reichswirtschaftsministerium für den neuen Staat beantragen werde, dessen Aufgabe es sei, in der Wirtschaftspolitik von Reich und Preußen dafür zu sorgen, daß die Gesichtspunkte mittelständischer Wirtschaftsaufführung praktische Verhüttigung finden.

Dr. Hugenberg wies in der Befreiung, ferner auf die Notwendigkeit hin, die ungeheure Zentralisierung des mittelständischen und ländlichen Kreises, die mit Kriegsbeginn eingelebt habe, wieder abzubauen und zugleich auch solche Härten und Schäden zu befechten, wie sie sich z. B. durch die seiner Aussicht nicht entsprechende Gestaltung der Osthilfe an Kosten des Handwerks, des Einzelhandels usw. entwickelt habe. Er sei mit den auftreffenden neuen Maßregeln beschäftigt und werde sie entsprechend der großen Wichtigkeit der Sache beschleunigen.

### Die Untersuchung der Osthilfe

Berlin, 14. Febr. Der Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Dr. Hugenberg, beabsichtigt, einen Sonderausschuß zur Untersuchung der angeblichen Mißstände im Osthilfe- und Siedlungswesen einzurichten, der in der Hauptstelle aus Mitgliedern des mit dem Reichstag aufgelösten Untersuchungsausschusses bestehen soll.

## Bohren lädt zu einer Länderkonferenz ein

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Februar. Wie hier bekannt wird, hat die bayerische Regierung die süddeutschen Länder sowie Sachsen, Thüringen und die Hansestädte für Mittwoch zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen mit dem Thema: Über die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit seit des Reichsrats. Von böhmischer Seite werden Ministerpräsident Schick und Ministerialdirektor Dr. Schellert an der Konferenz teilnehmen.

Da am Donnerstag der Reichsrat zusammentritt, wird es sich hauptsächlich um die Frage handeln, wie die Länder sich zu der Ernennung der neuen Vertreter Preußens durch die Reichskommissionare, worüber wir bereits berichtet haben, stellen werden. Es besteht die Absicht, am kommenden Donnerstag dem Reichsrat die Vertreter der kommissarischen preußischen Regierung als Reichsratsbevollmächtigte vorzustellen.

Voraussichtlich wird dabei eine ziemlich große Zahl hoher Beamter aus den verschiedensten Reformen der kommissarischen preußischen Regierung im Reichsrat erscheinen.

Es besteht die Gefahr, daß es bei der Einführung der neuen preußischen Reichsratsbevollmächtigten zu politischen Auseinandersetzungen innerhalb des Reichsrats kommen wird, denn die Vertreter der süddeutschen Länder werden vielleicht die Ernennung der neuen Bevollmächtigten nicht anerkennen wollen, weil sie darin eine Prädilektion des in Leipzig bevorstehenden Urteils des Staatsgerichtshofes erblicken. Der Staatsgerichtshof in Leipzig hatte nämlich der Reichsregierung eine Frist bis zum 15. Februar für die Errichtung einer Erwidernungsschrift auf die Anklageschrift der "Hobelsregierung" Braun gestellt. Diese Erwidernungsschrift ist inzwischen fertiggestellt worden. Sie enthält in den Grundzügen die bereits bekannte Begründung der von der "Hobelsregierung" angefochtene Rechtsordnung des Reichspräsidenten über die Erweiterung der Befugnisse der Reichskommissionare in Preußen.

Die "Hobelsregierung" sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es sich bei der Donnerstagssitzung des Reichsrats nicht um eine rechtkräftige Sitzung handelt;

und sie hofft darauf, daß auch die Reichsratsbevollmächtigten der süddeutschen Länder diese Meinung teilen und bei der Reichsregierung Vorstellungen wegen der Gültigkeit der Reichsregierung erheben werden. Man sieht daher dieser Reichsregierung mit großer Spannung entgegen, da sie gegebenenfalls zu Zwischenfällen führen kann.

### Die Vertreter Preußens im Reichsrat

Die Kommissare des Reiches für Preußen haben folgende Zusammensetzung der Vertretung des preußischen

### Neue Leiter im Luftfahrtwesen

Berlin, 14. Febr. Zum Leiter der gesamten Abteilung Luftsport im Luftamt mit dem Range eines Ministerialrates wurde heute vom Reichskommissar für Luftfahrt der Kapitäneleutnant a. D. und Pour-le-mérite-Flieger Friedrich Christianen ernannt. Ferner wurde das gesamte Ausbildungswesen der Fliegerleger Dr. rer. pol. Günther Siegler, demstellvertretenden Kommandeur des R.A.F., das gesamte Ausbildungswesen der Fliegerleger dem bisherigen Direktor der Fliegerlegerhochschule Wolfgang von Gronau übertragen.

Kapitäneleutnant Christianen (geb. 1879 in Wyk auf Föhr) ist einer der erfolgreichsten Marinestieger der Welt. Während des Krieges wurde er wegen seiner Erfolge zum Kapitäneleutnant befördert. Seine erfolgreiche Tat war der Abschluß des englischen Luftwissens C 27 am 11. Dezember 1917 während eines Aufklärungslinges, der ihn an die englische Küste führte. Für diese Siegerliche Leistung erhielt Christianen den Pour le mérite. Außer diesem hohen Orden ist Christianen während des Krieges noch mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse ausgezeichnet worden. Nach dem Krieg fuhr Christianen wieder zur See, bis ihm von den Dornierwerken der Auftrag zugetragen wurde, an dem Bau und den Flugversuchen des Do X teilzunehmen. Erfolgreich führte er dieses fliegende Schiff hin und zurück über den Ozean.

Dr. Siegler ist 1892 in Deutsch-Sizilien bei Breslau geboren und machte den Weltkrieg bei den verschiedensten Jagdformationen, zuletzt als Staffelführer, mit. Seit 1921 ist erstellvertretender Kommandeur und Leiter der Reichsgelehrtschule des Nationalsozialistischen Fliegerkorps in Berlin. — Wolfgang von Gronau ist 1893 in Berlin geboren. Er wurde bekannt durch seine Amerikaflüge 1920/21 sowie durch seinen Weltflug mit dem Dornier-Do.

### Die Beisetzung Apponi's

Budapest, 14. Febr. Unter riesiger Beteiligung des ganzen ungarischen Volkes wurden heute vormittag die sterblichen Überreste des großen ungarischen Staatsmannes Graf Albert Apponyi zu Grabe gebracht. Tausende von Trauern standen auf dem riesigen Platz vor dem Parlament, in dessen Kuppelsaal der Sarafan gezeigt wurde. Nur ein Teil der Trauergäste hatte dort Platz nehmen können; die Familienangehörigen, der Reichsverweler Horvath, die Vertreter der fremden Regierungen und Monarchen, darunter der deutsche Gesandte Baron von Schön. Die riesigen Kränze waren im Erdgeschoß des Parlamentsgebäudes längs der Säulen und Wände untergebracht worden, unter ihnen die Kränze des Reichspräsidenten von Hindenburg, Mussolini, des Königs von Bulgarien, des Präsidenten der österreichischen Republik usw. auch ein Kranz des Nationalverbandes Deutscher Offiziere mit schwärzweissroter Schleife.

Kardinal Kürsterzbischof Szeregya zelebrierte das feierliche Requiem. Ministerpräsident Gömbös feierte danach mit einem Bildnis auf das lange erfolgreiche Werk des Verstorbenen seine Verdienste um sein Land und den Weltfrieden. — Die Begräbnisfeierlichkeiten wurden zum Teil über die österreichischen und einen Teil der deutschen Sender übertragen.

## Überwachungsausschuss erneut aufgeslogen

### Übermals Protest gegen Löbe

Berlin, 14. Februar. Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löbe am Dienstagmittag wieder zusammen. Als Löbe die Sitzung für eröffnet erklärte, setzte bei den Nationalsozialisten sofort ein Lärm ein, der minutenlang andauerte. Löbe gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuss abzugeben.

Abg. Dr. Frank II (Maisoz.) erhob sich darauf von seinem Platz, um eine Erklärung abzugeben: Ich stelle fest, so führte er aus, daß der Vorsitzende nicht imstande ist, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses und damit die Vertreterin des deutschen Volkes es

nicht dulden wird, daß ein Marx und Berlese weiter die Abschlußverhandlungen leitet.

Da der Vorsitzende somit verhindert ist, den Abschlußvorfall zu führen, übernehme ich alsstellvertretender Vorsitzender die Leitung der Verhandlungen. Dr. Frank begab sich gleichzeitig zu dem Platz des Vorsitzenden Löbe und verdrängte diesen von seinem Platz, um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Vertreter der Sozialdemokratie und Kommunisten verliehen darauf den Saal.

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Frank eröffnete darauf nochmals die Sitzung, und zwar mit einem

Ratschlag für die Opfer der Katastrophe von Renaix:

In diesen Tagen ist eine erschütternde Nachricht durch Deutschland gegangen. Eine ungemeine Katastrophe hat im Saargebiet einige fünfzig Tote erfordert. Wir, die Vertreter des deutschen Volkes, beteiligten uns an dem Elend unseres Saarbeamten. Wir sind über

zeugt, daß die nationale Regierung ihre Pflicht erfüllen wird, um diesen unglaublichen alten Deutschen zu helfen. Ich stelle fest, daß der Ausschuss in seiner Mehrheit diese meine Erklärung billigt und erklärt die Sitzung des Ausschusses zum Seiten der Trauer für geschlossen.

Als nach den Worten Dr. Franks der volksparteiliche Abgeordnete Morath beim Verlassen des Saales eine Zigarre im Mund hielt, ging der Abgeordnete Streicher (Maisoz.) tatsächlich gegen Morath vor, wobei er ihn aufforderte, die Zigarre aus dem Mund zu nehmen. Unter erregtem Protest wurde der Abgeordnete Morath aus dem Saale gedrängt.

Im Anschluß an die Sitzung blieben die Vertreter der Sozialdemokratie mit den Vertretern der Minderparteien eine Sonderdebatte ab, um zu den Vorgängen im Ausschuss Stellung zu nehmen und über das weitere Vorgehen zu beschließen.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, bat sofort beim Reichstagspräsidenten Göring und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsaktion, dem Reichsinnenminister Dr. Frick, telegraphisch einen Einspruch gegen die Angriffe auf den Abgeordneten Morath erhoben und volle Genugtuung verlangt.

### Noch ein Todesopfer in Braunschweig

Braunschweig, 14. Februar. Die Zwischenfälle am Sonntagabend vor dem Umgang der nationalen Verbände, bei denen die Polizei zur Schußwaffe greifen mußte, haben ein weiteres Todesopfer gefordert. Die schwer getroffene 65-jährige Witwe Reincke ist am Dienstagvormittag ihre Beisetzung erlegen.